

wir im kiez

Zeitung der Fraktion DIE LINKE in der BVV Marzahn-Hellersdorf
Juni 2020

SCHON GEWUSST?

Während der Corona-Krise haben wir uns erfolgreich für die Rücknahme von Mieterhöhungen und für das Aussetzen von Zwangsräumungen, Stromsperrungen und Leistungskürzungen eingesetzt.

SOLIDARISCH UND GERECHT DURCH DIE KRISE

Danke heißt: Mehr Gehalt



Dagmar Pohle, die Bürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf

Auch in Marzahn-Hellersdorf haben die Auswirkungen der Corona-Krise verdeutlicht, was die Beschäftigten in den lebensrelevanten Bereichen leisten.

Die Lockerungen des „Lockdowns“ sind seit einigen Wochen im Alltag angekommen. Auch das Bezirksamt hat seine Präsenz

und den öffentlichen Zugang zu den Bürodienstgebäuden wieder verstärkt. Dennoch stellt uns das Coronavirus weiterhin vor große Herausforderungen. Das gilt für alle Menschen, die sowohl privat als auch beruflich von den Auswirkungen der Pandemie betroffen sind. So auch die Mitarbeitenden in den bezirklichen Ämtern: Nicht nur im Gesundheitsamt leisten die

Beschäftigten mit unermüdlichem Einsatz und unter Mobilisierung aller Kräfte Bewundernswertes. Die Mitarbeiter*innen des Ordnungsamtes waren vor Ort und haben durchaus die Erfahrung gemacht, dass die Mehrheit der Bürger*innen die Hygieneanforderungen und Abstandsregeln eingehalten haben und es nach wie vor tun. Aber auch in allen

anderen Bereichen haben viele Mitarbeiter*innen gezeigt, dass auf sie auch in Krisen – und ganz besonders da – Verlass ist. Sie haben in einer gemeinschaftlichen Anstrengung nicht nur unter völlig neuen Bedingungen die Arbeit der Verwaltung sichergestellt und damit den Menschen in unserem Bezirk ein wichtiges Signal gegeben. Sie haben den Bürger*innen Antworten gegeben sowie Zuversicht vermittelt, dass es Lösungen für die vielen Probleme und Herausforderungen geben wird.

Auch von den Lehrer*innen, Sozialarbeitenden, Verkäufer*innen, Reinigungskräften, Post- und Paketzusteller*innen und nicht zuletzt von den Ärzt*innen und Pflegekräften wurde und wird besonders viel abverlangt in Zeiten einer globalen Pandemie. Sie packen an und helfen jenen, die besonders viel Unterstützung in dieser Krise benötigen.

Ihnen allen gebührt der Dank! Von einem Danke kann aber niemand die Miete oder die nächste Stromrechnung bezahlen. Ich hege die große Hoffnung, dass es nach der Krise gelingt, bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Vergütung für all jene Berufsgruppen zu erreichen, die heute „systemrelevant“ genannt werden und ohne die schlicht und einfach nichts geht.

Ihre Dagmar Pohle
Bezirksbürgermeisterin von
Marzahn-Hellersdorf



HALLO

In den vergangenen Monaten wurde sichtbarer denn je, wer die Gesellschaft am Laufen hält – Menschen in oft unterbezahlten Berufen – und wer am schnellsten in der Krise durch das soziale Raster fällt – zum Beispiel Alleinerziehende, Kinderreiche oder Geringverdienende. Als Bezirkspolitiker*innen haben wir die aktuellen Entwicklungen aufmerksam politisch begleitet. Erfolgreich setzten wir uns für die Rücknahme von Mieterhöhungen (zum Beispiel der STADT UND LAND) und für das Aussetzen von Zwangsräumungen, Stromsperrungen und Leistungskürzungen ein.

Wir – das sind 16 Abgeordnete im Alter von 26 bis 84. Wir arbeiten als Erzieher, Lehrerin, Schauspieler oder als Bauingenieur, sind Leiterin einer Geflüchtetenunterkunft, studieren, kümmern uns um Kinder und ältere Menschen oder sind bereits in Rente. Und wir setzen uns ehrenamtlich und mit Leidenschaft für eine Bezirkspolitik ein, die allen Bürger*innen nutzt, die Menschen verbindet und nicht ausgrenzt. Das wird auch in Zukunft, wenn Berlin weniger Geld zur Verfügung steht, so bleiben. Versprochen!

Zu unseren Themen gehören: Gerechte Arbeitsbedingungen, bezahlbare Mieten, gute Schulen und Kindergärten, ein barrierefreier, zuverlässiger öffentlicher Nahverkehr, Klimaschutz und ein solidarisches Miteinander. In den vergangenen Jahren hat sich vieles in Marzahn-Hellersdorf positiv entwickelt. Und es gibt noch viel zu tun.

Auf den folgenden Seiten lesen Sie, wofür wir uns auf bezirklicher Ebene einsetzen. Haben Sie Fragen oder Vorschläge? Wir haben ein offenes Ohr für Sie.

Bjoern Tielebein
Fraktionsvorsitzender

SOLIDARITÄT

Schecks, die helfen

Die Bezirksverordneten der LINKEN spenden für die Tafel.

Woche für Woche ist die Ausgabestelle der Berliner Tafel in der Schwarzbürger Straße 8 eine wichtige soziale Adresse. Hier, in der Evangelisch-Lutherischen Missionsgemeinde, erhalten Bedürftige – auch in diesen Monaten – Lebensmittel. Erstmals öffnete die Ausgabestelle vor gut 15 Jahren, damals kamen knapp 60 Bedürftige. Inzwischen werden monatlich bis 1.200 Haushalte versorgt. Mit Brot, Milchprodukten, Obst und Gemüse.

Dafür, dass die Bedürftigen mittwochs und freitags nicht vergeblich kommen, sorgen fast 50 freiwillige Helferinnen und Helfer, die meisten übrigens aus unserem Bezirk. Sie koordinieren, transportieren, sortieren und verteilen (gegen einen geringen Obolus), was von vielen dringend als Hilfe zum Leben benötigt wird.

Die Abläufe und Wege der Ausgabe wurden den strengen Hygiene-Bestimmungen angepasst.

„Auch in der Corona-Zeit machen die meisten unserer Ehrenamtlichen weiter. Einige sind frühere

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, andere sind Rentnerinnen und Rentner, die etwas Gutes tun wollen“, sagt Pastor Kirsten Schröter.

Die Sponsoren der Hilfe, wie Metro oder Harry-Brot, schätzen besonders, dass die Marzahner Tafel ihre Spenden zuverlässig von Montag bis Freitag abholt. Zwei Autos mit je zwei Helfern sind dann

unterwegs. Auf den Transportern ist wie am Ausgabeort „Laib und Seele“ zu lesen, einen „Kirchenzwang“, erläutert der Pastor, gäbe es jedoch nicht.

Früher halfen die Erlöse kleiner Spendenbasare, derzeit fehlen solche „Einnahmen“. Umso mehr freut sich die Tafel über jede Unterstützung in diesen Monaten, wo vieles wegzubrechen scheint. Seit jeher setzt sich die Linksfraktion in Marzahn-Hellersdorf für Menschen in Not ein – nicht allein mit konkreten Vorschlägen und Anträgen, sondern ebenso praktisch im Alltag. Deshalb spendeten die Bezirksverordneten Mitte Mai an die Tafel. 600 Euro konnten in der Schwarzbürger Straße übergeben werden. Pastor Schröter freut sich sehr über diese Solidarität. Und Koordinator Frank Bielefeld weiß auch schon, wobei die Spende helfen kann: „In diesem Jahr ist wieder der TÜV fällig, und Reparaturen sind ja auch nicht billig.“

Eine zweite Spende geht an die Ausgabestelle in der Adorfer Straße 6.



Scheckübergabe in Höhe von 600 Euro an „Laib und Seele“



Marina Richter-Kastchajewa
Geschäftsführerin

STADTENTWICKLUNG

Gewerbeflächen in Marzahn-Hellersdorf

Wohnungsbau braucht Flächen. Dabei geraten auch Gewerbeflächen ins Blickfeld.

◀ Mit dem groß angelegten Wohnungsbauprogramm in Berlin wird bezahlbarer Wohnraum geschaffen. Dieser Wohnungsbau braucht Flächen. Nach 1990 wurden viele Wohnhäuser, Kitas und Schulen „zurückgebaut“, und bebaubare Freiflächen entstanden. Diese Flächen werden jetzt unter anderem wieder für den Wohnungsbau relevant. Dabei geht es hauptsächlich um Verdichtung in den Wohngebieten. Aber auch Flächen, die im Flächennutzungsplan als Gewerbeflächen ausgewiesen sind, werden interessant. Dadurch entsteht gewissermaßen eine Flächenkonkurrenz zwischen Wohnungsbau und Gewerbe. Im innerstädtischen Bereich führte das bereits zu spürbaren Gewerbenieterhöhungen und Verdrängung kleiner wohnortnaher Ge-

werbetriebe. Dies geschieht in unserem Bezirk in den Gewerbehöfen noch nicht, aber drei große Projekte in Marzahn-Hellersdorf werden zum Teil auf Gewerbeflächen realisiert: Das Gut Hellersdorf (Kastanienallee und Zosener Straße), das Gut Biesdorf (Weißenhöher Straße) und Teile des Knorr-Gewerbeparks (S-Bahnhof Marzahn).

Auf allen drei Flächen gab bzw. gibt es Gewerbetriebe, die von den Baumaßnahmen betroffen sind. Welche Chancen haben sie, ihr Gewerbe fortzuführen? Als Fraktion verfolgen wir die Projektentwicklungen mit wachen Augen.

Im Projekt Gut Biesdorf haben alle Gewerbetreibenden bereits im Jahre 2015 neue Standorte bezogen. Anders im Gut Hellersdorf: Trotz verschiedener Forderungen, allen Gewerbetreibenden während der Baumaßnahmen und danach Räume zu gewährleisten, wird das nicht möglich sein. Es müssen also Ausweichstandorte



Die Ringelblumen blühen im Gemeinschaftsgarten Gut Hellersdorf. Doch wie geht es für die Gewerbetreibenden im Gut Hellersdorf weiter?

her. Weil das im privaten Sektor wegen der wachsenden Konkurrenz schwierig bzw. teuer werden

kann, fordern wir das Bezirksamt auf, sich für die Schaffung einer landeseigenen Gesellschaft für

Gewerbehöfe einzusetzen. Damit könnten „verdrängte“ Gewerbetreibende schnell und ohne finanzielle Mehrbelastungen neue Räume finden.

Ganz neu ist das Projekt im Knorr-Gewerbepark. Hier ist eine Teilfläche ausschließlich für Gewerbe vorgesehen, darüber hinaus werden in den geplanten Hochhäusern Gewerberäume entstehen. Insgesamt sind 90.000 Quadratmeter für gewerbliche Nutzung vorgesehen. Hier wurde in der Planung konsequent berücksichtigt, dass sowohl Wohnungen als auch Gewerbestandorte für einen funktionierenden Bezirk wichtig sind.



Hilka Ehlert
Sprecherin für
Wirtschaft,
Arbeit und
Beschäftigungsförderung



Die Badefans im Bezirk haben es nicht leicht: Anfang des Jahres wurde bekanntgegeben, dass die Sanierungsmaßnahmen an der Schwimmhalle „Helmut Behrendt“ am Helene-Weigel-Platz noch bis nächstes Jahr andauern würden. Marzahn-Hellersdorf ist auch weiterhin der einzige Bezirk in Berlin, der kein eigenes Freibad hat.

◀ In Marzahn-Hellersdorf fehlen die Schwimmflächen. Somit nehmen die Einschränkungen für den Schwimmunterricht der Schulen, beim Vereinsschwimmen und für den Freizeitspaß weiter zu. Im Frühjahr dieses Jahres hat die Linksfraktion deshalb einen Antrag eingebracht: Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen für eine Schnellbau-Schwimmhalle einzusetzen und

eine geeignete Fläche zu finden.

Andere Bezirke gehen mit gutem Beispiel voran: In Friedrichshain-Kreuzberg läuft inzwischen das Genehmigungsverfahren für eine Schnellbau-Schwimmhalle, die in modularer Bauweise errichtet werden soll. Geschätzte Kosten sind drei Millionen Euro, die Bauzeit beträgt sechs Monate. Die Standzeit für eine solche Schwimmhalle beträgt zwischen zehn und 15 Jahren.

Eine solche Schnellbau-Schwimmhalle würde in Marzahn-Hellersdorf für Entlastung beim Schul- und Vereinsschwimmen sorgen. Die Badefans wird es freuen. Auch für das Freibad kämpfen wir weiter!



Steffen Ostehr
Sprecher für
Bildung und
Bürgerbeteiligung

HERAUSGEBER

DIE LINKE. Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf
Helene-Weigel-Platz 8
12681 Berlin

KONTAKT

Internet: www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de
E-Mail: kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de
Telefon: 030 902935820

SPRECHZEITEN

Montag	16 bis 18 Uhr
Dienstag	9 bis 12 Uhr
Mittwoch	15 bis 17 Uhr
Donnerstag	15 bis 18 Uhr

IMPRESSUM

V.i.S.d.P: Bjoern Tielebein
Redaktion: Magda Albrecht,
Thomas Braune, Marina Richter-Katschajewa
Fotos: Linksfraktion
Layout: Thomas Herbell

Sie möchten auf dem Laufenden bleiben? **Abonnieren Sie unseren Newsletter:**
www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de/newsletter



BEZIRKSPARLAMENT

BVV tagt wieder

Einmal im Monat versammeln sich die Verordneten der in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) als Fraktionen vertretenen Parteien. Mit Anträgen und Anfragen nehmen sie Einfluss auf das Verwaltungshandeln im Bezirk.

◀ Aufgrund der Corona-Pandemie fielen die Sitzungen im März und April aus. Für die Sitzung am 28. Mai wurden besondere Vorkehrungen getroffen: Anstatt wie üblich im Arndt-Bause-Saal wurde in der weitläufigen Frauensport-halle des Freizeitforums getagt.

Auch inhaltlich war Corona das bestimmende Thema der Sitzung, die mit einer Schweigeminute für die Corona-Opfer begann. Unsere Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle (DIE LINKE) sprach allen bezirklichen Einrichtungen, die sich aktuell um Hilfsbedürftige aufgrund der Corona-Krise kümmern, ihren Dank aus. Auch in Marzahn-Hellersdorf führt die Krise zu Mehrausgaben und zu Mindereinnahmen. Pohle ist jedoch hoffnungsvoll, dass der Bezirk keine Gewinne aber auch keine neuen Schulden machen werde.

Der Bezirk und das Land Berlin müssen jetzt dafür sorgen, dass es zu keinen Sparmaßnahmen kommt, die die bezirkliche Infrastruktur schwächen. Eine positive Nachricht gibt es schon für Mieter*innen in bezirkseigenen Immobilien: Wie unsere zuständige Bezirksstadträtin Juliane Witt mitteilte, muss aktuell keine Miete gezahlt werden, wenn dies nach-

weislich nicht möglich ist.

Die von der Linksfraktion immer wieder geforderte Tages- und Bedarfsreinigung ist mittlerweile in allen Schulen im Bezirk gesichert. Die Corona-Krise machte die Notwendigkeit noch mal deutlich. Zum beschlossenen gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, LINKEN und Bündnisgrünen *Marzahn-Hellersdorf: Ein Ort für Kinder, Jugendliche und Familien – auch nach der Corona-Pandemie stärken* sprach unsere gleichstellungspolitische Sprecherin Sarah Fingarow. Sie forderte, dass die Präventionsangebote für Familien und Kinder in der aktuellen Situation ausgebaut werden müssen, um Familien bei der Doppelbelastung von Arbeit und Kinderbetreuung zu unterstützen, und sie mit familiären Problemen nicht allein zu lassen.

Weitere beschlossene Anträge der Linksfraktion:

- Kinderfreundliche Kommune Marzahn-Hellersdorf: Mit diesem Antrag soll sich der Bezirk zu einer der deutschen Modellkommunen entwickeln.
- Anpassung der Planungsziele des Bebauungsplans 10-103 Trusetaler Straße/Märkische Allee: Wir wollen den Bau eines Möbelmarktes im Wohngebiet verhindern!
- Ersatz- bzw. Reserveflächen für Kleingärten: Mit dem Wohnungsbau gehen Kleingärtenflächen verloren und neue Ersatzflächen müssen her!

Die BVV-Sitzung im Livestream:
mh.demokratielive.org

MARCHWITZAVIERTEL

Einkaufsmöglichkeiten gesichert

Die alte Kaufhalle wird abgerissen und eine neue gebaut. Ein kleiner Laden soll die Nahversorgung sichern.

◀ In der Marchwizastraße 29-31 entstehen drei elfgeschossige Häuser mit 237 Wohneinheiten und Gewerbeflächen – unter anderem für den REWE-Markt. Aktuell befinden sich auf der Fläche noch die alte Kaufhalle, eine Apotheke, eine kleine Praxis und ein Imbiss. Bürgerinnen und Bürger haben sich besorgt an uns gewandt, wo sie während der Bauzeit Milch, Butter oder Brot einkaufen können, ohne lange Wege in Kauf nehmen zu müssen. Deshalb be-



Links wirkt: Die Versorgung mit Lebensmitteln im Marchwitzviertel ist sichergestellt.

antragte die Linksfraktion bereits Ende 2019, dass auch während des Bauens eine vernünftige Nahversorgung im Marchwitzviertel gewährleistet werden soll. Der Antrag wurde von der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) im Dezember 2019 beschlossen.

Wie Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle Ende März 2020 mitteilte, konnte zwischen dem Stadtentwicklungsamt und dem Bauherrn (T & T Grundbesitz Vermietung & Verpachtung March GmbH) vereinbart werden, dass es während der Bauphase ein Angebot zur Nahversorgung von REWE auf dem Grundstück Marchwizastraße 31 geben wird.

Die Bauarbeiten haben inzwischen begonnen. Im nächsten Schritt wird die alte Kaufhalle abgerissen. REWE kann auf dem Grundstück Marchwizastraße 31 sein Angebot an Waren des täglichen Bedarfs einrichten. Erst wenn der neue südliche Gebäudekomplex mit der Fläche für den REWE-Markt fertiggestellt ist, wird mit dem Abriss der Gebäude auf dem Grundstück Marchwizastraße 31 begonnen. So gibt es, wenn überhaupt, nur einen kurzen Zeitraum ohne Nahversorgung im Marchwitzviertel.

Bjoern Tielebein



75. Jahrestag der Befreiung 2020 Ein öffentliches und gemeinsames Gedenken war diesmal nur schwer zu realisieren, und das ausgerechnet 75 Jahre nach dem Ende der Nazi-Gewaltherrschaft. So haben wir rund um den 8. Mai individuell Gedenkorte im Bezirk aufgesucht – und davon gibt es einige: Da ist zum Beispiel das erste befreite Haus an der Landsberger Allee 563, ein tiefrotes Haus mit der Aufschrift „21. April 1945“. Oder die zehn Ausstellungstafeln auf dem Otto-Rosenberg-Platz, die über die Geschichte des zur NS-Zeit existierenden Sinti- und Roma-Zwangslager informieren. Auch auf dem Parkfriedhof Marzahn, dem größten Friedhof im Bezirk, gibt es viele Gedenkstätten – darunter der Sowjetische Ehrenfriedhof, der 1958 eingeweiht wurde. In Kaulsdorf am Ufer der Wuhle erinnern vier Tafeln an das Schicksal der Menschen aus dem Lager Kaulsdorfer Straße 90, das während der NS-Zeit das größte von mindestens 30 Zwangsarbeiterlagern in Kaulsdorf-Süd war.

KINDERBETREUUNG

Multitasking in der Krise

In den letzten Monaten wurde es besonders sichtbar: Erwerbsarbeit und familiäre Pflichten liegen häufig auf den Schultern der Frauen.

◀ Im Zuge der Schul- und Kitaschließungen musste der Alltag von Familien binnen kürzester Zeit neu organisiert werden: die häusliche Betreuung von kleinen Kindern, die Unterstützung von Schulkindern beim Online-Lernen, die Hausarbeit oder das Kochen von Mahlzeiten – alles, was in Familien jeden Tag anfällt. Gleichzeitig geht die Erwerbsarbeit (auch im Homeoffice) für viele weiter und muss wegen der Mehrfachbelastung teilweise nachts erledigt werden.

Die häusliche Arbeit und die Kinderbetreuung werden auch außerhalb von Krisenzeiten überwie-

gend von Frauen gemeistert und stellen eine Mehrfachbelastung dar. Die Krise hat das noch verstärkt. Darüber gesprochen wurde anfangs überhaupt nicht.

Alleinerziehende waren und sind hier ganz besonders betroffen, da sie die Arbeiten mit niemandem teilen können. Auch die Großeltern oder Freund*innen konnten wegen der Kontaktsperren nicht helfen.

Bereits Mitte April kritisierte ich öffentlich die unzureichenden Regelungen für die Notfallbetreuung von Kindern, deren Eltern in systemrelevanten Berufen arbeiten oder alleinerziehend Kinderbetreuung und Homeoffice bewältigen mussten. Wir haben uns erfolgreich für die erweiterte Kinderbetreuung eingesetzt. Inzwischen wurde nachreguliert für Eltern in systemrelevanten Berufen und auch alle Alleinerziehenden haben Anspruch

auf einen Notbetreuungsplatz. Das war besonders für Marzahn-Hellersdorf eine gute Nachricht, da wir viele Alleinerziehende haben. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Anspruch auch einlösbar ist und mit den Trägern der Kitas eine Lösung für ausreichend Notbetreuungsplätze gefunden wird.

Homeoffice für Eltern bedeutet in der Zeit der Corona-Krise natürlich auch Kinderbetreuung. Deshalb setze ich mich weiter dafür ein, dass Eltern vollumfänglich weiterbezahlt werden, auch wenn sie wegen der Betreuung nicht voll arbeiten können.



Sarah Fingarow
Sprecherin für Gleichstellung



Hausaufgabenhilfe, Sportstunde und Home Office – viele Frauen arbeiten Doppelschichten.

BEHINDERTENPOLITIK

Nicht mitgedacht

Dr. Manfred Schmidt ist Bürgerdeputierter der Linksfraktion für den Ausschuss Gesundheit, Inklusion und Menschen mit Behinderungen. Im Gespräch mit Sabine Schwarz berichtete er über die Situation von Menschen mit Behinderungen in Zeiten von Corona

◀ Herr Dr. Schmidt und ich saßen auf einer Parkbank kurz hinter dem Wuhleweg nach Ahrensfelde. Um uns herum zwitscherte es: Eine frühlinghafte Auszeit inmitten von Grün! Das Thema, worüber wir sprachen, war etwas ernster:

Am 6. Juni war der Tag der Sehbehinderten. Mich interessierte, wie Dr. Schmidt die vergangenen Monate in Bezug auf die Situation für Menschen mit Behinderungen einschätzt. Die Informationslage zum Corona-Virus empfand er als gut. Auf meine Frage, ob Menschen mit Behinderungen mitgedacht wurden, antwortete er: Nein. Eine Einkaufshilfe hätten er und seine Frau, aber die gab es auch schon vorher. Eine flächendeckende Hilfe gab es nicht.

Die häusliche Pflege sei einfach abgebrochen. Es gab zwar telefonische Abfragen, aber in die Wohnung kam niemand mehr. Wie soll da z.B. die Kommunikation mit Gehörlosen verlaufen? Die Pflegedienste sind ausgelastet, wer keine absolute Dringlichkeit nachweisen konnte, wurde getröstet, so Dr. Schmidt. Für Menschen in Pflegeeinrichtungen mag das funktionieren, aber jene, die zu Hause sind und keine pflegenden Angehörigen haben, seien schlecht dran. „Die telefonische Beratung für Menschen mit Behinderung ist absolut unbefriedigend.“, so Dr. Schmidt. „Du hast den Eindruck, sie wollen dich schnell abwimmeln“.

Herr Dr. Schmidt beschreibt ein weiteres Problem: In der Spardbank beim PLAZA wurden während der Krise die Schalter geschlossen. Der einzige Automat mit Sprachansage ersetzte die Hilfestellung am Schalter keineswegs. Viele ältere Bewohner*innen wissen die freundliche Unterstützung einer Bankmitarbeiterin sehr zu schätzen. Dass diese wegfiel, bedeutete zusätzliche Hürden.

„Du siehst, es ist nicht einfacher geworden“, sagte Dr. Schmidt abschließend, „sondern eher frustrierend umständlich.“ Auch in Krisenzeiten werden Menschen mit Behinderungen nicht mitgedacht. Sie werden nicht als gleichberechtigte Partner wahrgenommen, denen mit Respekt zu begegnen ist. Respekt bedeutet, ihre Bedürfnisse stets mitzudenken.



Sabine Schwarz
Sprecherin für Behindertenpolitik und Inklusion

SPRINGFUHLPARK

Wann wird gebaut?

Bereits seit Ende 2015 stehen die 1995 eröffneten Park-Arkaden leer. Seitdem tut sich wenig.

Verfall und Vandalismus, somit auch Gefahren für Dritte, bestimmen das Bild der Park-Arkaden. Mehrfach haben sich Anwohner*innen über diesen Zustand beim Bezirksamt beschwert. Laut Information des Bezirksamtes hatte die Bauaufsichtsbehörde daraufhin den Eigentümer – eine Immobiliengesellschaft – beauftragt, die Bestandsgebäude und das Grundstück gegen unbefugten Zutritt zu sichern. Der nun errichtete Bauzaun mit Stacheldraht ist unansehnlich, aber Teil der Sicherungsmaßnahme durch die Eigentümergesellschaft.

Schon länger sind die Planungen des Eigentümers bekannt, die jetzigen Gebäude abzureißen und neue Wohnhäuser zu bauen. Seit 2017 liegt für das Gelände eine gültige Baugenehmigung zur Errichtung von zwei achtgeschossigen Wohnhäusern mit insgesamt 138 Wohneinheiten und 50 Parkplätzen vor. Die Planungen können sich laut Bezirksamt noch einmal verändern. Bis Mitte Mai 2021 ist die bereits einmal verlängerte Baugenehmigung noch gültig.

Uns ist viel daran gelegen, dass der aktuelle Zustand beseitigt wird und der Bau der dringend benötigten Wohnungen vorangeht. Der „Fall Park-Arkaden“ zeigt, dass unsere Politik, öffentliche Flächen nicht an private Investoren zu verkaufen, fortgesetzt werden muss. Nur so kann verhindert werden, dass bebaubare Grundstücke lange Zeit brach liegen und verfallende Gebäude eine Gefahr für die Anwohner*innen darstellen. Landeseigene Flächen können im Gegensatz dazu vom Bezirk oder dem Land Berlin nachhaltig im Sinne der Allgemeinheit entwickelt und bedarfsgerecht durch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften bebaut werden.

Bjoern Tielebein
Fraktionsvorsitzender



Radwege zugeparkt Das Negativbeispiel der Woche, oder: Manchmal muss man die Autofahrenden daran erinnern: Radwege gehören den Fahrradfahrenden!



Wie sehen die Folgen der Pandemie für die Umwelt aus?

UMWELT

Aus der Krise lernen

Weltweit ergingen drastische Maßnahmen, um die Ausbreitung von COVID-19 einzudämmen. Über die wirtschaftlichen Folgen wurde viel diskutiert. Doch wie sieht es mit den Folgen für die Umwelt aus?

Schaut man sich aktuelle Satellitenaufnahmen seit Beginn der Corona-Krise an, ist ein deutlicher Rückgang von Stickstoffemissionen über China und Italien zu sehen. In Deutschland können während der aktuellen Ausnahmesituation zwischen 30 und 100 Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxid (CO₂) eingespart werden. Strände und Wasser in Gebieten des Massentourismus sind sauber wie lange nicht.

Das ist alles nur eine Momentaufnahme – und natürlich wünsche ich mir keine Pandemie, um der Klimakrise Einhalt zu ge-

bieten. Doch in dieser Krisenzeit zeigt sich, dass der Staat unter Einbeziehung wissenschaftlichen Sachverständigen durchaus in den scheinbar übermächtigen Kapitalismus eingreifen kann. Zugleich werden für eine breite Mehrheit die Grenzen dieser Wirtschaftsordnung deutlich. Die Auslagerung der Produktion wichtiger sicherheits- bzw. gesundheitsrelevanter Produkte im Rahmen der Globalisierung (wie Schutzkleidung, Masken aber auch bestimmter Medikamente, die nach China und anderen Ländern „outgesourct“ wurden) ist nun vielerorts in Kritik.

Generell geht es um eine Regionalisierung von Wirtschafts- und Stoffkreisläufen: Lebenswichtige Dinge müssen auch wieder vor Ort produziert werden – in Verbindung mit einem globalen Wissenstransfer.

Mut machen Aktionen der Selbsthilfe in diesen Zeiten. Nach der Krise kann und sollte man

daraus lernen. Wirtschaftliche Strukturen müssen sich mehr am Beitrag zur Daseinsvorsorge messen lassen, also an den Aufgaben und Tätigkeiten zur Grundversorgung aller Menschen, und nicht am Profit, der aus diesen Tätigkeiten erwächst.

Eines wird auch nach Corona deutlich werden: Ökonomie und Ökologie – im Sinne eines ressourcenschonenden Umgangs mit der Natur und eines klimaschonenden Wirtschaftens – kann man verantwortlich nur noch miteinander und nicht gegeneinander denken. Das wäre zumindest eine Vision.



Frank Beiersdorff
Sprecher für Umwelt und Naturschutz

HAUSHALT

Sparzwang? Nein, Danke!

Wer zahlt für die Krise? Die Linksfraktion will den sozialen Zusammenhalt im Bezirk sichern. Wir setzen Prioritäten.

Gerade hatte es der Bezirk geschafft, die sogenannten Alt-schulden vollständig abzubauen und endlich mit einem Guthaben aus 2018 das Haushaltsjahr 2020 zu starten. Jahrelanger Personalabbau und der Einsatz von Investitionsmitteln zum Schuldenabbau sollten ein Ende haben. Der Gestaltungsraum für einen Haushalt schien etwas größer geworden zu sein. So konnte der Bezirk zum

Beispiel Geld für die zusätzliche Schulreinigung bereitstellen. Nun müssen wir bedingt durch die Pandemie den Haushalt neu überdenken. Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf ist ein Teil des Landes Berlin. Der Finanzsenator spricht von vielen Milliarden Neuverschuldung des Landes.

In Zeiten solcher Diskussions- und Entscheidungsprozesse gibt es für die Linksfraktion eindeutige Prioritäten. Wie schon in der Vergangenheit halten wir die weitere Sicherung und den Ausbau der sozialen Infrastruktur, den Erhalt der Stadtteilzentren, der Kinder- und Jugendfreizeitstätten, der Sportstätten und Kulturorte, der Schuldnerberatungen sowie des Migrationssozialdienstes für notwendig, um den sozialen Zusammenhalt im Bezirk zu sichern.

Die im Haushaltsplan 2020/2021 beschlossenen Personalstellen in den Ämtern müssen weiter



Klaus-Jürgen Dahler
Sprecher für Haushalt und Personal

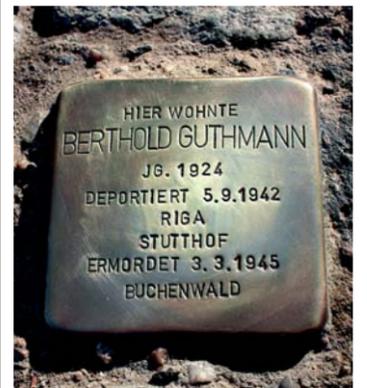
STOLPERSTEINE

Gegen das Vergessen

In Erinnerung an die jüdischen Opfer des Naziregimes in Marzahn-Hellersdorf ist eine neue Broschüre des Bündnisses für Demokratie und Toleranz erschienen.

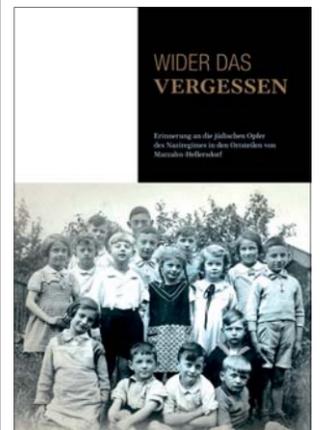
Jenny Cohn war gelernte Drogistin und besaß ein Grundstück in Biesdorf. Berthold Guthmann war Klempner, im Widerstand aktiv und lebte in Mahlsdorf. Sie sind zwei der Juden und Jüdinnen aus unserem Bezirk, die mitsamt ihrer Familien im Nationalsozialismus ermordet wurden.

Die Broschüre erinnert an diese und weitere Geschichten



Der Stolperstein von Berthold Guthmann liegt in der Lemkestraße 156 in Mahlsdorf.

von jüdischen Bürger*innen in Marzahn-Hellersdorf – dank der recherchierten biografischen Informationen von der Website der Berliner Stolpersteine. Herausgeber ist das bezirkliche Bündnis für Demokratie und Toleranz. Im Bezirk wird mit Stolpersteinen an elf Orten an insgesamt 31 Menschen erinnert. Henny Engels, Sprecherin des Bündnisses für Demokratie und Toleranz, schreibt im Vorwort: „Wir wollen den Blick auf die Individuen werfen: Wer waren die jüdischen Opfer in unserem Bezirk? Sie alle hatten ein Leben, Wünsche und Hoffnungen.“



Sie haben Interesse an einer Broschüre? Sie finden diese als PDF auf der Seite des Bündnisses unter <https://buendnis-demokratie-mh.de/themen/broschuere/> oder können eine in Papierform bestellen. Schreiben Sie dafür eine E-Mail an: koordinierungsstelle-mh@pad-berlin.de